

## **Haushaltsrede von Hermann Beutel, Fraktionsvorsitzender, am 24.11.2011 in der Sitzung des Schorndorfer Gemeinderates**

Es ist üblich, im Rahmen einer Haushaltsrede auch ein paar Worte über die große Politik zu verlieren, da diese mittel- oder unmittelbar auch Auswirkungen auf uns hat. Diese will ich zu Beginn ebenfalls kurz streifen, bevor ich anhand unserer 17 Anträge durch den Haushalt gehe.

Das alles überragende Thema in diesem Fall ist ja die Euro-Krise, die eigentlich weniger eine Euro- denn eine Schuldenkrise ist. Die Eurostaaten haben über ihre Verhältnisse gelebt, die einen mehr, die anderen weniger. Es ist auch jahrzehntelang gut gegangen aber im Grunde genommen war allen klar, dass beim Marsch auf den Verschuldungsgipfel irgendwann das Gipfelkreuz erreicht wird und es danach zwangsläufig wieder bergab gehen muss. Der Wille, solider zu wirtschaften und in guten Zeiten ohne neue Schulden Rücklagen zu bilden, war nur sehr zaghaft bis gar nicht ausgeprägt. Oft endete es so wie im Zitat von Mark Twain: "Von jetzt an werde ich nur soviel ausgeben, wie ich einnehme, selbst wenn ich mir dafür Geld borgen muss".

Nach wie vor borgt sich der Bund, die Länder, Kreise und Kommunen noch oft Geld, so dass die Schuldenuhr immer noch weiter läuft, aktuell bei ca. 2000 Euro/ Sekunde. Wie diese gestoppt werden soll, ist mir ein Rätsel. Gar nicht ausmalen will man sich das Bild, wenn die geleisteten Bürgschaften zur Bewältigung der Krise fällig werden würden. Auch wenn es das Unwort des Jahres 2010 war, halte ich doch den eingeschlagenen Weg für alternativlos, um die Krise zu überwinden. Alle Überlegungen, einen neuen Euro für die nördlichen Staaten zu gründen oder wieder die D-Mark einzuführen halte ich für falsch. Auf dem Weg vom Wirtschaftswunderland Europa ins unbekannt Land namens Globalisierung können wir nur gemeinsam bestehen oder getrennt untergehen.

Das Megathema Schulden zieht sich bis zu uns herunter und eigentlich dürfen wir nicht bäh rufend auf den Staat zeigen; schaffen wir es doch bisher selber nicht, für 2012 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden hinzukriegen. Geschweige denn, die Rücklagen anzufüttern. Als Partei der soliden Finanzen bedrückt und frustriert uns das natürlich sehr und so sind auch die meisten unserer Anträge Sparvorschläge.

Wenn wir es in diesen Zeiten, in denen mit Hochdruck Gelder aus allen möglichen Rohren das Rathaus fluten nicht schaffen, den Haushalt auszugleichen und Rücklagen zu bilden, wann dann? Oder wie es ein chinesisches Sprichwort besagt: Grabe den Brunnen, ehe du Durst hast.

Im Haushaltsbrunnen zu graben fällt allerdings diesmal besonders schwer, da aufgrund von Umstrukturierungen in vielen Bereichen die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren fehlt. Was ebenfalls fehlt ist ein Stichwortverzeichnis, was die Suche sehr erschwert.

Bei der Aufstellung des Haushalts muss es in Zeiten wie diesen unser Ziel sein, mindestens eine schwarze Null zu planen. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass der Jahresabschluss dann meistens um einige Millionen besser ausfällt, als prognostiziert. Garantie haben wir natürlich keine darauf.

Wir haben den Eindruck, dass der Verwaltungshaushalt chronisch unterfinanziert ist. Durch weitere Ausgaben, wie künftige Abschreibungen für Gebäude oder leasen statt kaufen wird sich dies leider noch verschärfen. Es ist laut Plan nicht mehr möglich eine ausreichende Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt zu erwirtschaften, um ohne neue Schulden auskommen zu können. Der Weg zu zusätzlichen Einnahmen durch Steuer- und Gebührenerhöhungen ist verbaut, weil wir unsere Bürger schon im letzten Jahr mit Maßnahmen aus der Haushaltsstrukturkommission bis an die Grenze des Erträglichen belastet haben. Außerdem fallen uns im Verwaltungshaushalt teilweise sehr hohe Beträge für das Gebäudemanagement auf, die für uns nicht ganz nachvollziehbar sind. Da wir allerdings wünschen, dass unsere Gebäude in gutem Zustand bleiben und manche Zahlen wohl nur vorläufig und geschätzt sind, verzichten wir auf Kürzungsanträge in dem Bereich, behalten uns dies aber fürs nächste Jahr vor.

Es sind mit den neu gegründeten Töchtern Investitionen von insgesamt ca. 19 Millionen Euro geplant, was sehr viel erscheint und auch ist. Vor allem angesichts der Tatsache, dass wir eigentlich antizyklisch investieren sollten und nicht die erhitzte Konjunktur zusätzlich befeuern. Zudem Baumaßnahmen in dieser Phase wegen der guten Auslastung der Betriebe besonders auch noch teuer sind. Allerdings ist die hohe Summe wohl auch der Tatsache geschuldet, dass wir im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission einige Investitionen verschoben haben und uns dies jetzt einholt. Im Investitionsplan für 2012 sehen wir keine größeren Vorhaben, die wir guten Gewissens nach hinten schieben könnten. Deshalb haben wir uns darauf beschränkt, verschiedene Ansätze bei Baumaßnahmen zu kürzen. Doch dazu später mehr.

Wir haben uns bei den Beratungen über den Haushalt mit einer Ausnahme auch auf die Jahre 2012/13 beschränkt, weil alles darüber hinausgehende sich der derzeitigen Sicht entzieht und wir es für müßig halten, Projekte von 14 auf 15 oder umgekehrt zu verschieben.

Doch zunächst zu einem Bereich, in dem sich Kürzungen weitgehend verbieten, nämlich der Kinderbetreuung. Wir haben hier in den letzten Jahren kräftig investiert, tun es noch und werden es auch künftig müssen.

Der Ausbau der Ganztagesbetreuung ist gesetzliche Vorgabe, wobei uns hier auch die Nachfrage einholt. Es ist erfreulich, dass es den kommunalen Verbänden gelungen ist, für die Städte und Gemeinden eine bessere Finanzausstattung durch das Land zu erreichen. Da aber die meisten Kommunen den Ausbau vorantreiben müssen, wird allmählich das notwendige Personal knapp und wir begrüßen es daher sehr, dass sich Schorndorf zusammen mit Schwäbisch Gmünd, Göppingen und Aalen zur Aufgabe gemacht haben, zusätzliche Kräfte gemeinsam auszubilden.

Für die Wichtigkeit des Themas beschäftigen wir uns nach Ansicht der CDU-Fraktion zu selten damit. Neben der Fortschreibung des Kindergartenbedarfsplans im Frühjahr wollen wir künftig auch Herbst einen kurzen Zustandsbericht, insbesondere über eventuelle Wartelisten.

Ebenfalls mit Kindergärten zu tun hat unser Antrag, sich einmal mit den Kindern zu beschäftigen, die keinen Kindergarten besuchen.

Ohne die gute Arbeit in den anderen Kindergärten abwerten zu wollen, sagt uns das Konzept im Kindergarten Forsthof besonders zu. Relativ wenig baulicher Aufwand, viel frische Luft und gute Betreuung sollte auch an anderen Stellen noch möglich sein. Wir beantragen daher zu prüfen, ob es noch weitere passende Standorte gibt, an denen dieses oder ein ähnliches Konzept umgesetzt werden könnte.

Dieses Konzept könnte auch eine Lösung für Miedelsbach sein, wo wir deren Antrag unterstützen, möglichst bald eine Krippenbetreuung anzubieten. Vor allem vor dem Hintergrund, dass ein eventueller Anbau dazu führen würde, dass das ganze Gebäude mit hohem Aufwand nach den neuesten Vorschriften sofort energetisch saniert werden müsste.

Eine weitere Ergänzung bei der Kinderbetreuung ist der Tagesmütterverein. In den Räumlichkeiten in der Schlichtener Straße konnte dieses Angebot nun ausdehnen und wir erwarten, dass er diese mietfrei erhält, ohne, dass wir einen Antrag dazu stellen. Bei allen Anstrengungen für die Ganztagesbetreuung sollten wir nicht vergessen, dass eine, meist schweigende, Mehrheit von Müttern oder Vätern oft noch ein paar Jahre zu Hause bleibt, um ihre Kinder zu erziehen, was eigentlich auch das Natürlichste auf der Welt ist. Oder wo noch Oma`s da sind, die die Kinder betreuen, damit die Eltern tageweise arbeiten können. Wir halten dies für eine absolut gleichberechtigte Erziehungsform.

Nach dem Kindergarten geht's in die Schule und angesichts der Schulpolitik unserer grün- roten Regierung darf ich mit einer kleinen Anekdote von Karl Valentin beginnen. Von dem heißt es ja, dass er ab und zu auf die Straße ging und die Leute fragte:  
"Entschuldigen Sie, können Sie mir sagen wo ich hin will?"

Diese Orientierungslosigkeit scheint in einigen Bereichen auch das Merkmal der Schulpolitik von Grün- Rot zu sein. Sicher ist, dass nichts sicher ist und nicht einmal das. Nun ist es ja nicht so, dass die Regierung ein marodes Schulsystem wieder auf die Beine bringen müsste. Das Gegenteil ist der Fall. Die Pisa-Studie und auch der kürzlich erschienene Lernatlas der Bertelsmann-Stiftung belegen, dass Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze sind, was schulische Leistungen angeht. Diese Studien belegen, dass unser Schulsystem mit seinen engagierten Lehrern eine zweifelsohne hohe Qualität besitzt. Leider soll nun dieses erfolgreiche System auf dem Altar linker Ideologien geopfert werden. Nichts anderes bedeutet nämlich der Umstieg auf Einheitsschulen. Thomas Oppermann, ehem. Wissenschaftsminister Niedersachsens ironisch zu Gesamtschulen:  
"Lieber alle gleich schlecht als unterschiedlich gut".

Auch wenn bei diesem Umbau Qualität vor Schnelligkeit gehen soll, steht sehr zu befürchten, dass die Qualität in Form von Standards irgendwann abgesenkt wird, wenn es der Regierung nicht schnell genug voran geht. Die CDU-Fraktion lehnt daher die Gründung von Einheitsschulen, egal ob von unten oder oben verordnet ab. Das System Einheitsschule wird dazu führen, dass sich die Privatschulen ausdehnen und somit die soziale Selektion über den Geldbeutel stattfindet. Dieser Prozess wird schleichend und relativ geräuschlos stattfinden, weil die Menschen darüber mit den Füßen abstimmen. Ich kann mir auch vorstellen, dass Gymnasiallehrer eher auf Privatschulen wechseln, anstatt schlechter bezahlte Stellen in Einheitsschulen anzunehmen.

Was mich an der geplanten Einheitsschule ebenfalls stört, ist die Auflage, dass sie zwingend eine Ganztageschule sein muss. Von Montag bis Freitag den ganzen Tag in der Schule! Dies wäre für uns damals in unserer Schulzeit der blanke Horror gewesen und auch bei den künftigen Schülern dürfte dies keine Begeisterungstürme auslösen. Dazuhin wird auch die Mitgliedschaft in einem Verein oder das Lernen eines Musikinstruments schwerer bis unmöglich.

Auch die Lehrerschaft scheint nur unterschiedlich begeistert zu sein von den neuen Plänen. Wie unlängst in der Zeitung zu lesen war, bedrückt die Schulleiter neben der zunehmenden Bürokratie am meisten die fehlende Ruhe und Kontinuität in der Bildung und eine verlässliche Bildungspolitik.

Bei aller Kritik ist mir natürlich bewusst, dass angesichts zurückgehender Schülerzahlen manche Schulstandorte gefährdet sind. Es wird künftig nur schwer möglich sein, das dreigliedrige System überall der Fläche zu halten. Eine sinnvollere und behutsame Weiterentwicklung könnte in den Fällen eine Aufteilung in sogenannte Oberschulen und Gymnasien sein. Diese müsste aber flächendeckend und mit einer ausreichenden Übergangszeit kommen, damit sich alle Betroffenen rechtzeitig darauf einstellen können. Ich sehe ich bei uns derzeit keine Notwendigkeit, den Schritt Richtung Einheitsschule zu gehen. Wir haben gut funktionierende Werkreal-, Realschulen und Gymnasien, die wir nicht ohne Not in ein System mit ungewissem Ausgang schicken sollten. Sinnvoller wäre es eigentlich ohnehin, die Energie weniger in der Streit über Schulformen zu stecken, sondern zu sie in die Verbesserung des Unterrichts fließen zu lassen.

Im nächsten Abschnitt will ich mich mit den Bereichen Bauen & Verkehr beschäftigen. Vor der Sommerpause haben wir einen Schulentwicklungsplan beschlossen, der im Laufe der nächsten Jahre Investitionen in Millionenhöhe vorsieht. Die Generalsanierung des Burggymnasiums in 2013/14 für 3,6 Mio. € soll der Einstieg sein. Jetzt, 4 Monate später, erfahren wir, dass sich die Kosten dafür auf etwa 6 Mio. € erhöhen sollen. Bei allem Verständnis für Schwierigkeiten bei Kostenschätzungen für Umbaumaßnahmen; dies ist schon der Hammer. Für mich stellt sich die Frage, ob die Verwaltung den Gemeinderat überhaupt noch ernst nimmt und ob Sie, Herr Stanicki ihr Dezernat noch im Griff haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie nicht schon im Sommer von diesen erhöhten Kosten in Kenntnis waren. Wir wollen so bald wie möglich einen Bericht haben, woraus sich dieser Mehraufwand genau zusammensetzt, wie die Kosten dafür evtl. gesenkt werden können und ob wir die Reihenfolge im Schulentwicklungsplan angesichts der neuen Zahlen eventuell ändern müssen.

Kostensteigerungen sind auch beim Umbau Rathaus Markplatz 1 zu verzeichnen. Teilweise sind diese begründbar durch den Einbau neuester LED- Technik und der EDV-Aufrüstung. Nach etlichen Vergaben sind wir laut Drucksachen immer unter dem Planansatz geblieben, so dass wir beantragen im Haushalt 100 000 € weniger anzusetzen.

Der Halle in Haubersbronn haben wir im letzten Jahr trotz Bauchweh zugestimmt. Das Bauchweh ist nun aber auf dem besten Weg sich zu einem Magengeschwür zu entwickeln, angesichts der Tatsache, dass wir uns Unterhalt und Abschreibungen der vorhandenen Bausubstanz in Schorndorf kaum noch leisten können und immer noch Neues hinzukommt. Das jetzt trotz Kostendeckelung auf 3,1 Mio. € weitere 75 000 € hinzukommen sollen wird von uns per Antrag abgelehnt.

Ein großer Kostentreiber im Haushalt ist der Brandschutz. Wir wünschen uns, dass sie von der Bauverwaltung gegenüber dem Kreisbrandmeister bei überzogenen Forderungen, wenn notwendig, auch einmal Streit anfangen. Die Grundschule in Schornbach ist für mich ein Beispiel für überzogenen Brandschutz. Durch überall installierte Brandmeldeanlagen steigen die Folgekosten durch Wartungen genauso an wie das Risiko, dass die Feuerwehr zu immer mehr Fehlalarmen ausrücken muss, was für die Feuerwehrleute, die ihren Arbeitsplatz verlassen müssen, unnötigen Ärger bedeutet.

Bei den Straßen wünschen wir, dass der Unterhaltungsaufwand weiter geführt wird. Vor allem freut es uns, dass endlich die Uhlandstraße saniert wird. Perfekt wäre uns die Sanierung, wenn es gelänge, an der Kreuzung Uhlandstraße - Feuerseestraße einen Minikreisel zu installieren. Wir beantragen daher zu prüfen, ob der geplante Kreisel die Verkehrsmengen an dieser Stelle bewältigen kann und, wenn Ja, sollte er gleich mitgebaut werden.

Der Zustand der Ortsdurchfahrt Oberberken wird, man glaubt kaum, dass es möglich ist, immer schlechter und wir beantragen daher, den Ausbau auf 2013 vorzuziehen und würden uns wünschen, dass du, liebe MdL Petra Häfner, die Verwaltung erfolgreich dabei unterstützt, einen Zuschuss aus dem GVFG- Topf zu erhalten. Bei der Frage der Tempo-30- Regelung bis zum Ausbau, unterstützen wir den Antrag des Ortschaftsrates Oberberken.

Auf dem Friedhof bieten wir eine ganze Reihe verschiedener Bestattungsformen an. Mit dem islamischen Grabfeld und den gärtnerbetreuten Urnengemeinschaftsgräbern kommen Neue hinzu. Wir halten die darüber hinaus vorgesehene Urnenwand für entbehrlich und beantragen den Ansatz für die neuen Grabformen um 25 000 € zu kürzen.

Zu den weichen Standortfaktoren gehören auch Anlagen für die Freizeit. Schon 2003 hat die lokale Agenda 21 eine Remskonzeption vorgelegt, von der bisher nur wenig realisiert wurde. Wir wollen ein Element daraus aufgreifen und beantragen einen Zugang direkt ans Wasser zu schaffen. Am Besten natürlich an einer von Fußgängern und Radfahrern stark frequentierten Stelle, wie z.B. dem SG- Stadion. Hochwasserschutz oder wasserrechtliche Gründe dürften dem nicht im Wege stehen. Schließlich gibt es in Schwäbisch Gmünd oder Kahla ähnliche Anlagen. Im weitesten Sinne ebenfalls Bauausgaben sind die Kosten für die Sanierung des Wirtshausauslegers am Goldenen Ochsen in Höhe von 10 000 €, die wir der Stadt mit einem weiteren Antrag ersparen wollen.

In der Kreiselstadt Schorndorf zieren allerlei Kunstwerke manche Kreisverkehre. Auf den Übrigen könnten wir uns eine Bewirtschaftung durch Landschaftsgärtner vorstellen, die im Gegenzug dort ihre Werbeschilder aufstellen dürfen und stellen auch hierzu einen entsprechenden Antrag.

Integration muss und wird künftig ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit hier in Schorndorf sein. Bei unserem Besuch unlängst in Schwäbisch Gmünd, konnten wir erfahren, dass dort schon länger schon große Anstrengungen unternommen werden. Es gibt dort allerdings mit über 30 % Migranten noch mehr Handlungsbedarf und wir erfahren, dass dies ein schwieriger, auch von Rückschlägen geprägter Prozess wird.

Weil für uns das Erlernen der deutschen Sprache DIE Grundvoraussetzung für Integration ist, müssen wir untersuchen wo wir noch Defizite auch Kindergartenbereich haben und diese beheben.

Armut war das Thema am letzten Sonntag bei einem Gespräch in der katholischen Kirche. Vor allem die Tatsache, dass wir hier in Schorndorf in einer ungünstigen Wohngeldstufe eingestuft sind, sorgt für Ärger. Hier müssen wir fraktionsübergreifend bei der Kreisverwaltung einen Vorstoß unternehmen, um Abhilfe zu schaffen. Es ist mir bewusst, dass dies ein Bohren sehr dicker Bretter wird.

"Wir brauchen keine dickeren Aktenordner, sondern bessere Schredder" habe ich mal gelesen. Wir freuen uns darüber, dass die Verwaltung in einer Aussonderungsaktion diese dicken Ordner verschlanken will, wir freuen uns nicht darüber, dass dies 55 000 € kosten soll und fordern die Verwaltung auf, dies selbst zu erledigen.

Dass sich die Verwaltung Gedanken über ihre Abläufe macht, ist zu begrüßen und es gibt bestimmt noch eine Reihe guter Ideen von Mitarbeitern auf allen Ebenen, wie die Arbeit optimiert werden könnte. Damit sie diese Ideen aber nicht für sich behalten, beantragen wir ein betriebliches Vorschlagswesen mit einer Belohnung für diejenigen, deren Vorschläge umgesetzt werden.

Streuobstwiesen sind ein wichtiger Bestandteil unseres Landschaftsbildes und haben eine hohe ökologische Funktion. Leider sind viele Bestände bedroht, da die Besitzer diese nicht mehr bewirtschaften können oder wollen. Verschiedene Vorschläge unsererseits wurden in der Vergangenheit abgelehnt oder ausgesessen. "Der Klügere gibt nach, aber nicht auf" und so haben wir auch in diesem Jahr wieder einen Antrag dazu gestellt. Des weiteren wünschen wir uns den Beitritt der Stadt zum LifePlus- Programm, das Besitzer von Streuobstwiesen in Vogelschutzgebieten finanzielle Unterstützung anbietet.

Die von der Stadt betriebene Streuobstwiesen- Tauschbörse im Internet ist gut gemeint, führt aber dazu, dass die zuständige Mitarbeiterin von Käufern und Verkäufern oft lange zugetextet wird, ohne vermitteln zu können. Dies wollen wir ihr zukünftig ersparen und schlagen vor, dass Käufer und Verkäufer von, und nur von Streuobstwiesen künftig im Wochenblatt kostenlos inserieren können und damit direkt miteinander verhandeln.

Im letzten Teil meiner Ausführungen will ich nun ein paar Worte zu unseren Töchtern verlieren. Die Bäderbetriebe haben ja in diesem Jahr noch einmal richtig Geld in die Hand genommen und aus dem Ziegeleiseebad eine echte Attraktion geschaffen. Eine Attraktion, die wohl auch die bisherigen Kritiker der Baumaßnahme überzeugt hat und die unter enormem Zeitdruck fertiggestellt wurde, wofür wir allen Beteiligten herzlich danken. Das Ganze wurde bekanntlich von der Bädertochter Stadtwerke gestemmt, die auch in diesem Jahr wieder gut gewirtschaftet haben und mit ihrem Gewinn den Verlust aus den Bädern kompensieren können.

Wenn man Berichte über Stadtwerke in Deutschland liest, kommen auf diese demnach neue Aufgaben im Bereich der dezentralen Energieerzeugung zu. Bei der Windkraft haben wir bereits den Einstieg geschafft. Wir hoffen, dass die vorgesehenen Anlagen wirtschaftlich zu betreiben sind und sind gespannt auf die Ergebnisse der realen Messungen vor Ort. Dass diese notwendig sind, zeigt die Tatsache, dass die Stadtwerke Fellbach mit ihren Windrädern auf der Alb rund 1/4 weniger Strom produziert als erwartet. Aktuell ist es meines Erachtens trotzdem die einzige Möglichkeit in Schorndorf in nennenswerter Menge Strom zu produzieren. Photovoltaik ist zwar in aller Munde; erst gestern hat der Landkreis wieder eine Großanlage auf der Kaisersbacher Deponie Lichte offiziell eingeweiht. Trotzdem muss langsam die Frage erlaubt sein, ob es richtig ist, 100 Mrd. € an garantierter Einspeisevergütung auszugeben, um gerade mal 3,5 % des Stroms zu produzieren.

Überhaupt wird ist es allmählich an der Zeit, die Leute mal darüber aufzuklären, was die Energiewende wirklich bedeutet. Die Investitionen beispielsweise direkt in Windräder sind lediglich die Spitze des Eisbergs oder der Pyramide. Speichertechnologien, intelligente Netze auch Smart Grids genannt, kosten richtig Geld. Genauso wie neue Überlandleitungen. Egal, wer das baut oder herstellt, wir Endverbraucher werden dafür zahlen müssen und das nicht zu knapp. Dagegen sind die bisherigen Erhöhungen im EEG ein Nasenwasser. Um Betriebe, die im weltweiten Wettbewerb stehen und auf bezahlbaren Strom angewiesen sind zu halten, wird es notwendig werden, diesen den Strom zu subventionieren, sonst sind die Arbeitsplätze auch gleich weg. Auch das bezahlen wir Normalbürger mit. Es nützt also nichts, unseren Bürgern zu suggerieren, ihr dürft euch bald an einem Windrädle beteiligen, bekommt dann 5 oder 6 Prozent Rendite und damit hat sich`s mit der Energiewende. Teuer wird das, richtig teuer. Trotz der Aussichten, der Weg ist unumkehrbar und wir müssen ihn auch in Schorndorf weiter beschreiten.

Zu den Möglichkeiten regenerativ Energie zu erzeugen, zählt auch Wasserkraft, aber dieses scheidet mangels vergebener Rechte für uns aus und mein Vorschlag, mittels Speiseresten der Firma Refood Biogas zu erzeugen wird von der Verwaltung leider nur sehr zaghaft verfolgt.

Nicht regenerativ, aber dezentral lässt sich Strom und Wärme mittels Blockheizkraftwerken produzieren und dies noch mit einem sehr hohen Wirkungsgrad. Wir wünschen uns mehr Dynamik in diesem Bereich und einen Bericht im Aufsichts- und Gemeinderat darüber, wie der aktuelle Stand in Schorndorf diesbezüglich ist und wo dieser Bereich noch ausgebaut werden könnte.

Die SWS Wohnbaugesellschaft als Tochter der Stadt muss ebenfalls gelobt werden. Sie hat in diesem Jahr u.a. zur Verschönerung der Stadt dadurch beigetragen, dass sie das Haus in der Kirchgasse ( ehemals Schlecker) saniert und damit einen Beitrag für bezahlbaren ordentlichen Wohnraum in der Innenstadt geleistet. Sie schafft im kommenden Jahr weiteren Wohnraum- auch für kleinere Geldbeutel in Weiler und in Schorndorf, wo sie Sozialwohnungen baut. Sie hat dieses Jahr Ihren Beitrag zur Stadtentwicklung u.a. dadurch geleistet, dass sie maßgeblich das Projekt Postturm angeschoben und zur Baureife gebracht hat.

Für das kommende Jahr wird sie einen weiteren Beitrag zur Stadtentwicklung beim Krankenhaus leisten, wie man aus der Zeitung entnehmen konnte. Durch diese Aktivität wird sie auch Überschüsse erarbeiten. Dadurch trägt sie maßgeblich zur Finanzierung des städtischen Haushalts bei, indem sie die Stadtkasse beim Bau von Sozialwohnungen entlastet.

Bei den Zentralen Diensten Schorndorf befindet sich vieles im Umbruch, daher müssen Diskussionen darüber ins nächste Jahr verschoben werden. Wohl aus Angst darüber, dass wir wieder über Unimogs streiten oder Investitionen in Fahrzeuge verschieben wollen, sind die entsprechenden Seiten im Haushaltsplan sehr dürrftig ausgefallen. Wir wünschen uns im nächsten Jahr eine ausführlichere Darstellung der vorgesehenen Investitionen.

Unsere beiden letzten Anträge betreffen den kulturellen Bereich. So sind wir dagegen, die Kürzung der Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen schon 2012 zurückzunehmen. Angesichts der Haushaltssituation halten wir dies für verfrüht.

"Lieber die alten Kleider flicken, als Neue borgen."

Mit dem letzten Antrag wollen wir die 36 000 € für die neuen Partnerschaftsschilder gestrichen haben, die nach unserer Ansicht noch nicht so schlecht sind, dass man sie austauschen müsste. Weitere 3000 € aus dem gleichen Topf für ein neues goldenes Buch wollen wir ebenfalls streichen. Bevor aber der Adrenalinpiegel bei der Verwaltung wegen diesem Antrag steigt, darf ich Ihnen die Mitteilung überbringen, dass unser Ehrenbürger Dr. Werner Lempp der Stadt ein neues goldenes Buch spenden wird.

Zum Schluss darf ich mich bei allen Mitgliedern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit bedanken. In vielen Bereichen gibt es Umbrüche und Ungewohntes. Nach diesen schwierigen Zeiten kommen aber auch wieder normale Tage.

Bedanken will ich mich aber auch bei den anderen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit. Die Bürger erwarten eine Politik, die sich vorrangig an der Lösung von Problemen orientiert. Parteienstreit darf nicht Selbstzweck ein, sondern der Mensch sollte im Mittelpunkt stehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.